

## **Rede von Oberbürgermeister Frank Meyer zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“**

**30.11.2018 / Volkshochschule**

### **ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der 19. Februar 1919 war ein historischer Tag: Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hielt eine Frau eine Rede im Parlament. Es war Marie Juchacz, die spätere Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, eine von 37 Frauen in der ersten Weimarer Nationalversammlung – und was sie damals sagte, zeugte von Selbstbewusstsein, modernem Denken und innerer Stärke:

*Ich möchte hier feststellen ..., dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.*

Aus damaliger Sicht war das für viele der anwesenden Herren vermutlich ein starkes Stück, wenn nicht gar eine Unverschämtheit. Denn ein Wahlrecht für Frauen war seinerzeit alles andere als selbstverständlich: Finnland hatte dieses Recht 13 Jahre zuvor als erstes europäisches Land eingeführt, die Schweiz und Liechtenstein folgten als letzte Bastionen männlicher Dominanz erst 70 bzw. 80 Jahre später.

Auch in Deutschland hat der Kampf um das Frauenwahlrecht viele Jahrzehnte gedauert: Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatten sich vielerorts demokratische Frauenvereine gegründet und politische Mitsprache gefordert. Doch erst am 30. November 1918, heute vor genau 100 Jahren, trat in Deutschland ein Gesetz in Kraft, das ein gleiches Wahlrecht von Frauen und Männern festschrieb.

Aus heutiger Sicht würde wohl kaum jemand bestreiten, was Marie Juchacz damals formuliert hat: Klar, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Frauen und Männer die gleichen demokratischen Rechte haben – was denn sonst? Und doch gibt es andere Selbstverständlichkeiten, die auch 100 Jahre später noch darauf warten, gesellschaftliche Realität zu werden.

Beispiel Bezahlung: Der sogenannte „Gender pay gap“ – der Unterschied bei der Entlohnung von Frauen und Männern – ist in kaum einem EU-Land so ausgeprägt wie in Deutschland.

Frauen verdienen bei uns im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer – nur Tschechien und Estland liegen in der Statistik noch schlechter.

Beispiel Altersarmut: Sie trifft Frauen besonders hart, und nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird sich dieses Problem in den kommenden Jahrzehnten deutlich vergrößern, weil vor allem alleinstehende Frauen nicht ausreichend fürs Alter vorsorgen können.

Beispiel Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Es sind statistisch gesehen vor allem Frauen, die den täglichen Spagat stemmen müssen. Instrumente wie das Elterngeld haben hier zumindest ein bisschen geholfen – aber die Verteilung von Arbeit und Zeit innerhalb der Familien bleibt ein ganz entscheidendes Thema bei der Frage der Gleichstellung von Frau und Mann.

Ich könnte die Reihe der Beispiele noch lange fortsetzen, sei es zu Frauen in der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung, in Kunst und Kultur, in den Medien, in den politischen Parteien – das Bild wäre überall ähnlich desillusionierend und würde unmissverständlich zeigen, dass Frauen und Männer im Deutschland des Jahres 2018 immer noch nicht die gleichen Chancen haben. Wir könnten auch über das grundlegende Recht auf körperliche Unversehrtheit reden: Nach den schockierenden Zahlen zum Thema Häusliche Gewalt, die vor einigen Wochen veröffentlicht worden sind, wäre allein das ein abendfüllendes Thema.

Doch bleiben wir, passend zum Anlass, ruhig beim Wahlrecht – nicht beim aktiven, das Frauen und Männer tatsächlich gleich behandelt, sondern beim passiven Wahlrecht, denn da sieht die Situation in der Praxis ganz anders aus.

Im aktuellen Bundestag ist nicht einmal ein Drittel der Abgeordneten weiblichen Geschlechts: Der Frauenteil ist im Vergleich zum vorherigen Parlament sogar gesunken – und zwar zum ersten Mal seit 1945. Im nordrhein-westfälischen Landtag liegt die Frauenquote noch vier Prozentpunkte niedriger – real eher bei einem Viertel als bei der Hälfte, die ja eigentlich zu erwarten wäre. Im Krefelder Stadtrat sind aktuell 32,8 Prozent der Mitglieder Frauen – das liegt immerhin leicht über dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt für Kommunalparlamente, ist aber ebenfalls deutlich zu wenig.

Wenn wir die politischen Führungsfiguren in unserem Land betrachten, haben wir zwar zum ersten Mal in der Geschichte eine Bundeskanzlerin – doch nur zwei von 16 Ministerpräsidenten der Länder sind Frauen, und in Nordrhein-Westfalen gibt es aktuell zwar 327 Bürgermeister, aber nur 49 Bürgermeisterinnen.

Nun erkennen wir spätestens an dieser Stelle ein Problem, das ich kurz offensiv ansprechen möchte: Im Englischen würde man sagen „There’s an elephant in the room“ – und dieser Elefant bin ich. Es wird niemanden überraschen: Ich, Frank Meyer, bin einer der 327 männlichen Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister – ich bin also, anders gesagt, Teil des Problems.

Zwar bemühe ich mich Tag für Tag, mein Amt mit größtem Engagement für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt auszuüben, aber ich bin und bleibe – qua Geburt – ein Mann. Wäre

es also im Sinne der Gleichberechtigung, mich durch eine Frau zu ersetzen, nur weil es sich dabei um eine Frau handelt?

Ich sehe im Saal schüchternes Kopfschütteln – das beruhigt mich.

Doch Spaß beiseite: Dieser kleine Gedankenausflug beweist aus meiner Sicht vor allem eines. Wir – und damit meine ich Frauen und Männer – müssen damit aufhören, das Thema Gleichberechtigung andauernd persönlich zu nehmen: Es geht dabei nämlich nicht um Befindlichkeiten und Geschmacksfragen, sondern um komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge und Wechselwirkungen. Deshalb sollten wir unsere Energie besser darauf verwenden, gemeinsam an Rahmenbedingungen zu arbeiten, die Fairness, Mitsprache und Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft ermöglichen.

Fakt ist: Bei der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die unsere Verfassung unmissverständlich vorschreibt, haben wir teils dramatischen Nachholbedarf.

Doch Fakt ist auch: Was Artikel 3 des Grundgesetzes in wenigen kurzen Sätzen beschreibt, ist im wahren Leben schwer umzusetzen.

Die Stellschrauben, die wir dafür drehen müssen, befinden sich in unterschiedlichen Sektoren unseres Sozialstaats, unserer Arbeitswelt, unseres Rentensystems, unseres Wahl- und Parteienrechts – von unterschiedlichen Zuständigkeiten will ich gar nicht erst reden. Wenn wir zum Beispiel über flexible Arbeitszeiten sprechen, über Kinderbetreuung, über Lohngerechtigkeit oder über Rentenzeiten, dann meinen wir am Ende immer auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann: Der tägliche Spagat, der viele Frauen davon abhält, sich beruflich oder politisch stärker zu engagieren, der findet im Alltag statt – und das macht mögliche Lösungswege so facettenreich und kompliziert.

Gleichberechtigung lässt sich nicht per Dekret verordnen, sie muss Stück für Stück wachsen können – und Aufgabe der Politik ist es, dafür die richtigen Bedingungen zu schaffen. Deshalb wäre es sinnvoll und richtig, auch auf der Entscheidungsebene, also für die Politik selbst, Veränderungen anzustoßen. Wir brauchen mehr Frauen in Parlamenten und politischen Ämtern: Genau das ist die Bedeutung von repräsentativer Demokratie.

Ein Parlament, das Frauen und Männer gleichermaßen repräsentiert, wird andere Entscheidungen treffen als ein Parlament, das von Männern dominiert wird. In Frankreich ist dieser Wandel mit einem Paritätsgesetz in Gang gekommen, so wie es aktuell auch in Deutschland diskutiert wird. Es gibt rechtliche Bedenken dagegen und natürlich auch politische Bedenken, aber ich habe letztlich keinen Zweifel, dass sich mit dem entsprechenden Willen eine Lösung auch für das deutsche Wahlrecht finden ließe.

In neun Bundesländern hat es seit 2011 bereits entsprechende Initiativen gegeben; und am Ende wird der stete Tropfen den Stein höhlen. Man wird dazu kommen, zum Beispiel über die Wahllisten oder über Tandem-Kandidaten in den Wahlkreisen ein ausgeglichenes Verhältnis von Frauen und Männern in der Politik herzustellen. Auch in der Verwaltung gibt es in dieser Hinsicht Nachholbedarf, vor allem was Frauen in Führungspositionen und in klassisch männlich geprägten Berufen betrifft: Für die Stadt Krefeld wird der Gleichstellungsplan, den

wir im April verabschiedet haben, in den nächsten Jahren für Veränderungen sorgen.

Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht mag es etwas wohlfeil erscheinen, weiterhin um Geduld zu bitten, aber wir werden diese Geduld brauchen. Wirksame Gleichbehandlung wird in Deutschland nur möglich durch breite Akzeptanz und durch Veränderungen in allen Lebensbereichen, vor allem in den wichtigsten beiden, nämlich Beruf und Familie.

Am Ende werden von einer solchen Entwicklung alle profitieren – die gelebte Gleichstellung von Frau und Mann nutzt am Ende unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, dem sozialen Frieden, dem Zusammenleben in unserem Land und der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

Marie Juchacz würde vermutlich sagen: Das alles ist eine Selbstverständlichkeit – man gibt den Frauen nur das, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten wurde. Doch sie hätte auch gewusst, dass wir uns Selbstverständlichkeiten manchmal hart erarbeiten müssen, und darin dürfen wir nicht nachlassen – der heutige Tag erinnert uns eindrucksvoll an diese Verpflichtung.